

Zu Gast im Wallis: Der Zürcher Regierungsrat Dr. Alfred Gilgen

Herr über ein Bildungs-Reich

BILDUNG

Blatten/Naters. — In Blatten, wo er einige Ferientage verbrachte, trafen wir den zürcherischen Erziehungsdirektor Dr. Alfred Gilgen. Regierungsrat Gilgen ist eine in den Sektoren Bildung, Erziehung und Kultur schweizerisch bekannt gewordene Persönlichkeit. Er gewährte uns das nachstehende Interview.



Regierungsrat Dr. Alfred Gilgen.

WB: Herr Dr. Gilgen, was bindet Sie ans Wallis?

G.: Dem Oberwallis kam ich bereits als Primarschüler auf einer Schulreise zum Eggishorn etwas näher. Es hat mir, wie das Welschwallis, wo ich Militärdienst leistete, immer gut gefallen. In diesen Tagen habe ich die Stadt Leuk und ihre Satellitenstation, die Stadt Brig-Glis mit dem Stockalperpalast, das Brigerbad und die Belalp ausgiebig in Augenschein genommen. Als damaliger Präsident des Zürcher Regierungsrates vertrat ich unseren Kanton 1975 am Comptoir von Martinach. Ich kenne auch einige Walliser Staatsräte, vor allem meinen Kollegen im Erziehungsdepartement, persönlich. Muss ich bemerken, dass ich gerne ein gutes Glas Döle trinke?

Zürich zählt heute rund 14 000 Mittelschüler

WB: Sicher hilft Ihnen dieser einheimische Tropfen auch, einmal etwas Distanz zu Ihrem Departement zu gewinnen. Trotzdem möchten wir Sie fragen: Wie sieht eigentlich Ihre Erziehungsdirektion aus? Was geschieht mit den 1,15 Milliarden Franken Ihres Jahres-Budgets?

G.: Die Summe, die Sie erwähnen, ist in der Tat nicht klein. Sie findet ihre Begründung in der Struktur unserer Aufgaben. Allein die Zentralverwal-

tung der Erziehungsdirektion besteht aus rund 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Unserem Aufgabenbereich sind die Schulen aller Stufen vom Kindergarten bis zur Universität zugeteilt. Eine Ausnahme bilden die dem Volkswirtschaftsdepartement unter-

Erziehungsdirektor Dr. Alfred Gilgen

Geboren 1930; Dr. med. der Universität Zürich; 1959: Kantonsrat; 1961/62: USA-Aufenthalt; 1963: Wiederwahl in den Zürcher Kantonsrat; 1969/70: Präsident des Kantonsrates; 1971: Wahl zum Regierungsrat mit Ressort Erziehungsdirektion; 1962—1971: Mitarbeiter der ETH Zürich (Institut für Hygiene und Arbeitsphysiologie); verheiratet, zwei Töchter, lebt in der Stadt Zürich; Oberst in der Armee.

stellten Berufsschulen. Die Erziehungsdirektion hat sich dagegen auch mit den Stipendien, mit der akademischen Berufsberatung, mit dem Jugendamt, mit den Jugendsekretariaten und den Jugendanwaltschaften, mit einem eigenen Lehrmittelverlag, mit den Ingenieurschulen Winterthur und Rapperswil und mit vielen anderen Einrichtungen zu befassen. Zürich zählt heute rund 14 000 Mittelschüler, die in 26 Gymnasien und Lehrerbildungsanstalten untergebracht sind. Mein Ressort ist über all die angesprochenen Bereiche hinaus auch für die kantonale Kulturpolitik zuständig.

WB: Man versteht, dass diese Aufgaben grosse bauliche, betriebliche und lohnmassige Aufwendungen bringen.

Im Vergleich mit den Walliser Verhältnissen sind diese Zahlen eindrücklich. Welche Probleme stehen zurzeit im Zürcher Erziehungswesen im Vordergrund?

G.: Wir arbeiten im Augenblick an einer neuen Übertrittsordnung Primarschule—Sekundarschule, an der einjährigen Verlängerung der Lehrerausbildung, ferner am Neubau der Kantonsschule Küsnacht, wo ein Provisorium behoben wird, und an schulischen Ergänzungsbauten in Wetzikon und Winterthur.

WB: Und wie steht es mit den Arbeitsplätzen der Lehrerschaft?

G.: Bisher hatten wir diesbezüglich eine ausgewogene Situation, weder Mangel noch Überfluss. Wir benötigen immer eine recht grosse Vikariatsreser-

ve, die für Vertretungen eingesetzt wird. Für die 140 diesen Herbst abschliessenden Lehrer und Lehrerinnen wird die Lage aber ernster.

Das Konkordat verhindert die Diskriminierung der Studenten

WB: Dr. Gilgen, als Erziehungsdirektor eines Kantons mit eigener Hochschule waren Sie einer der Väter des sogenannten Konkordates mit den Nichthochschulkantonen, zu denen auch das Wallis zählt. Dieses Konkordat sieht vor, dass ein Nichthochschulkanton 1983 3000 Franken, 1984 und 1985 je 4000 Franken und 1986 5000 Franken pro Student bezahlen muss, der z. B. an der Uni Zürich und an anderen Universitäten studiert. Wie stellen Sie sich zu diesem Konkordat?

G.: Zunächst möchte ich bemerken, dass die Universität Zürich jährliche Betriebsmittel im Betrage von ca. 400 Millionen Franken benötigt. Daran zahlt der Bund nur etwa 11 Prozent. Wir mussten deshalb die Beteiligung der Nichthochschulkantone fordern. Jetzt diskutieren wir bereits eine Verlängerung der getroffenen Abmachung. Es gibt in den zuständigen Gremien einerseits Stimmen für eine massive Erhöhung der Beiträge und andererseits gar für eine Nichtverlängerung des Konkordates. Ich bin persönlich für eine Verlängerung des Konkordates, das ja beiden Teilen nützt. Das Konkordat bringt den Nichthochschulkantonen etwas sehr Wichtiges, nämlich die Nichtdiskriminierung ihrer Studenten im Falle des bisher glücklicherweise nicht eingetretenen Numerus clausus. Das Ergebnis der Konkordatsverhandlungen steht noch aus. Im Sinne der Gleichbehandlung sind an der Universität Zürich soeben auch ausserkantonale Absolventen von Lehrerseminarien unter bestimmten Bedingungen zum Studium zugelassen worden. Die Hochschulen St. Gallen, Basel und Bern werden mit Zürich gleichziehen. Freiburg ging diesbezüglich voran.

WB: Herr Dr. Gilgen, Sie sind ein Politiker, der im schweizerischen «Bildungs- und Kulturwald» einigen Anstoss erregte. In Zürich der beginnenden siebziger Jahre wurden Sie von gewissen Kreisen arg beschimpft. An einer Fernseh-Debatte behandelte man Sie beispielsweise ziemlich unsanft und vor nicht langer Zeit weigerte sich der Dichter Max Frisch, Ihnen die Hand zu reichen. Wie stellen Sie sich dazu?

G.: Schätzungen ergaben, dass wahrscheinlich nicht mehr als 5 Prozent der Studenten an der Universität Zürich auf die von Ihnen angesprochene Weise extrem politisiert haben. Ohne Zweifel haben diese Extremen dem Ansehen der Studentenschaft geschadet. Das Zürcher Volk hat 1971 aus einer akademikerfreundlichen Haltung heraus noch einen Gesamtkredit von 1 Milliarde Franken für den Uni-Bau Irchel bewilligt. Ob es dies heute noch täte, ist fraglich.

BILDUNG

Da keine genügende gesetzliche Grundlage für eine studentische Zwangskörperschaft, der ein Student also anzugehören hatte, bestand, musste die offizielle Studentenschaft aufgelöst werden. Wir haben heute deshalb keinen offiziellen studentischen Gesprächspartner mehr. Es geht auch so.

Anrempelungen gehören sozusagen zum Berufsrisiko des Politikers

Wir sind überzeugt, dass die damalige Politik angemessen war. Anrempelungen in der Öffentlichkeit gehören sozusagen zum Berufsrisiko des Politikers. Man erhält aber auch immer Zeichen der Zustimmung. So glaube ich, dass meine Haltung von vielen Bürgern im Kanton Zürich, auch von solchen anderer Parteien, verstanden wurde.

Wenn Herr Frisch einen Preis ausschlug, um mir nicht die Hand reichen zu müssen, so trifft mich das nicht. Aber dadurch wird auch die literarische Bedeutung von Herrn Frisch in keiner Weise geschmälert. Im übrigen ziehe ich Leute, die einen Preis ausschlagen und sagen, weshalb sie das tun, jenen vor, die einen Preis annehmen und gleichzeitig protestieren.

WB: Würden Sie also doch Frisch lesen? Was tun Sie überhaupt in Ihrer Freizeit?

G.: Ich lese zwar im Augenglick Ronald Dahls «Konfetti». Selbstverständlich streiche ich Frisch nicht aus meiner Leseliste. Meine Freizeit? Ich widme sie teilweise dem Militär. Dann

lese ich die Tageszeitungen, gehe auch ins Theater und ins Kino, schaue am Fernsehen die Tagesschau, Spielfilme und Sport. Gelegentlich spiele ich auch etwas Fussball und reise. So möchte ich unbedingt noch auf den Gornergrat, wenn das Wetter gut bleibt.

WB: Das wünschen wir Ihnen. Und vielen Dank für das Gespräch! ag.